

Nützliche Nachrichten 10/2007

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 29. Oktober 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Oberflächlich, lächerlich und traurig

von Hasan Cemal

Mein verstorbener Kollege Metin Toker erzählte mir vor Jahren über İsmet İnönüs Satz: „Mit der Republikgründung einhergehend, drängte uns schon damals die Frage auf: „Was machen wir mit diesen Kurden?“...“

Vor kurzem, in einem Gespräch mit einem pensionierten ehemaligen hochrangigen Geheimdienstler des MIT: „Ich habe im Geheimdienst genau 41 Jahre Dienst gemacht. In dieser Zeit hat uns die Kurdische Frage immer verfolgt. Und heute wieder, in einer der turbulentesten Zeiten unserer Geschichte, beschäftigt uns wieder diese Frage auf ein Neues.“

Rund 80 Jahre...

Rund 40 Jahre...

Also konnten weder die Gründer der Republik, noch die späteren Verantwortlichen für die Sicherheit der Republik für diese allgegenwärtige Frage, über diesen Zeitraum hin bis in unser heutige Zeit einen richtigen Weg für diese Frage finden.

Warum?

Warum sitzen wir immer noch auf Strom?

Als allererster Grund für die Lösungslosigkeit dieses Problems ist anzuführen, dass diese Frage seit 80 Jahren hinter verschlossenen Türen debattiert wurde; nur vom innersten Kern des Staates behandelt und allen voran dem Monopol der Militärs unterstehend.

Zuerst hieß es „Es gibt keine Kurden, nur Türken!“ ... Danach wendete die Politik um: „Es gibt Kurden, aber keine Kurdische Frage“... Die Verleugnung der Kurdischen Identität ... Kurdische Aufstände ... und schließlich die PKK...

Um es auf eine andere Art auszudrücken:

Den Kopf wie der Strauss in den Sand zu stecken, das Problem vor seinen eigenen Staatsbürgern zu verheimlichen, jegliche Art von offener Diskussion verhindern, die Menschen dumm halten, all das waren Methoden mit denen man meinte, die Türkei von der Kurdische Frage befreien zu können.

Was wir zurückbekommen, resultiert aus diesem falschen Verständnis des Staates.

Das Feuer ist noch einmal aufgeflammt.

Die Öffentlichkeit ist verwirrt.

Im Fernsehen fragen sie nun öfter Mal:

„Wie wird die Türkei sich dieses Problems entledigen können?“

In der Zeit, in der ich zum ersten Mal Bekanntschaft mit Computern gemacht hatte, war eine Anekdote in Umlauf. Sie fand damals großen Zuspruch. "In Amerika wurde einem Türken ein Computer vorgestellt. Ihm wurde angeboten, den Computer fragen zu können was immer ihm gerade in den Sinn käme. Der Türke tippte „Was gibt es, was gibt es nicht?“ (Trk. Redewendung für: „Wie geht's, wie steht's ?“) ein. Der Computer ratterte los, arbeitet solange an der Antwort zu dieser Frage, bis er irgendwann auseinanderbrach."

Die Frage „Wie kommt die Türkei aus dieser Angelegenheit heil heraus?“ gleicht dieser Anekdote mit dem Computer. Diese Frage kann man als Produkt der Dunkelheit verstehen, die 80 Jahre über uns gehalten wurden.

Es ist oberflächlich...

Es ist lächerlich...

und auch traurig...

Das all dies darin enthalten ist, ist nicht verwirrend, da obwohl so viele Jahre vergangen sind, wir uns immer noch im Dunkeln befinden.

Über die Kurden in der Türkei ... Die Kurdische Frage der Türkei ... PKK und Gewalt ... Die Kurden im Irak, Iran und Syrien ... Die

kurdische Diaspora ... Die Staatsbildung der irakischen Kurden ... Die niemals fehlende Einmischung von Fremden in den Reihen der Kurden und vieles weiter noch ...

Von all diesen Themen haben wir kein Wissen.

Diejenigen, die es eigentlich wissen sollten, wissen es auch nicht.

Seit 80 Jahren konnten wir uns nicht der offiziellen Lügen, der Klischees und Slogans entledigen, wir konnten nie so richtig den Mut aufbringen, die Sache in ihren reellen Ausmaßen darzustellen.

Wenn man dann so unwissend ist, wählt man den leichten Weg : Man rührt die Kriegstrommeln für die Öffentlichkeit, beschuldigt alle gleichzeitig, betreibt Kriegstreiberei, bringt die Nation in militaristisch-nationalistische Wallung, schürt bewusst und unbewusst eine Feindschaft zwischen Türken und Kurden, öffnet ethnischen Auseinandersetzung Tür und Tor.

Mit einem Wort: Die Dummheit mit dem Feuer zu spielen fällt uns einfach leichter.

Wie Schade !

(Milliyet, 26.10.07, Übersetzung: Sêkevir, www.kurdmania.com)

Appell der Friedensbewegung:

„Die Waffen nieder“ im türkisch-kurdischen Konflikt!

Es ist, als ob zwei Züge aufeinander rasen und die Lokführer eines jeden brüllen sich zu, der andere solle bremsen. Die Kämpfe in kurdischen Gebieten in der Türkei und an der Grenze zum kurdischen Teil des Irak werden immer heftiger. Die Spirale der Gewalt dreht sich in Rache und Gegenache. Ankara steht unter Druck, seinen Generälen grünes Licht für Intervention im Irak zu geben. Dann würde das gegenseitige Morden erst richtig losgehen – ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Dies muss und kann verhindert werden. Ein großer Schritt auf jeder Seite kann den Anfang zur Umkehr bilden:

Wir fordern die PKK auf, jegliche Kampfhandlungen zu unterlassen, ihre Kämpfer unter internationaler Beobachtung aus der Türkei zurückzuziehen und eine Entwaffnung ihrer Guerilla-Verbände unter der Aufsicht der Vereinten Nationen anzubieten.

Wir fordern die Regierung der Türkei auf, einen Rückzug der PKK-Guerilla aus der Türkei militärisch nicht zu behindern und gleichzeitig eine generelle Amnestie für alle am türkisch-kurdischen Konflikt Beteiligten zu erlassen.

Ist dies geschehen, kann der politische Dialog, um die Lösung der Kurdenfrage im Rahmen der Türkei aufgenommen werden. Ein Land wie die Türkei, das sich um eine Aufnahme in die multi-ethnische, multi-kulturelle und multi-religiöse Europäische Union bemüht, muss auch im eigenen Lande diese Pluralität akzeptieren. Das überwindet die Gefahr des Separatismus und dient der Aussöhnung und der Verwirklichung der Menschenrechte.

Gegenwärtig versuchen die USA, Ankara an einer Invasion in den Nordirak zu hindern. Die EU und ihre Staaten haben allen Grund sich für eine politische Lösung in diesem Konflikt einzusetzen. Sie können es tun, indem sie die kurdische Guerilla nicht länger als terroristisch betrachten, wodurch sie sich selbst friedenspolitisch handlungsunfähig machen. Wer Frieden schaffen will, muss mit allen Konfliktseiten sprechen können.

Wir fordern deshalb die EU und die EU-Staaten auf, sich mit energischen Schritten einer weiteren Eskalation dieses Konflikts

entgegenzustellen und sowohl in der Türkei wie auch gegenüber der PKK-Guerilla für die genannten ersten Schritte einzutreten.

Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten! Das ist jetzt das Gebot der Stunde!

Aachener Friedenspreis e.V.; Dialog-Kreis „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt“; Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig e.V., medico international; AG Türkei/Kurdistan im Netzwerk Friedenskooperative; Pax Christi, Kommission Asyl/ Flüchtlinge; Pro Asyl und Kooperation für den Frieden (Dachverband von 44 deutschen Friedensorganisationen)

(PM, Dialog-Kreis, 25.10.07)

Bei den Einmarschplänen der Türkei geht es nicht allein um die PKK

Nach der Ermächtigung der türkischen Regierung durch das Parlament am 17. Oktober 2007 in Irakisch-Kurdistan (Nordirak) militärisch gegen kurdische Kämpfer der PKK vorzugehen, ist die Lage am Grenzdreieck –Irak, Iran und Türkei- noch komplizierter geworden.

Die von der Türkei immer wieder betonte „innertürkische Terrorfrage“ wurde von ihr auf die internationale Agenda gesetzt.

Bevor mit der Chronologie der Zuspitzung des Eskalationskurses der letzten Tagen und Wochen begonnen wird, ist es wichtig einige Fakten noch einmal in Erinnerung zu rufen:

1. Die ungelöste Kurdenfrage existiert nicht erst seit zwei Wochen oder zwei Jahren. Allein in der Ära der Türkischen Republik fanden nach Äußerungen des Ex-Staatschef der Türkei, Süleyman Demirel, 28 Aufstände der Kurden statt.
2. Während aller anderen Aufstände binnen ein paar Monaten blutig niedergeschlagen wurden, dauert der 29. bewaffnete Widerstand der Kurden unter der Regie der PKK seit einem Vierteljahrhundert (seit 1984) ununterbrochen an.
3. Die Kämpfer der PKK sind seit 1980 in Irakisch-Kurdistan stationiert, nicht wie behauptet erst nach dem Einmarsch der Amerikaner und der Proklamation der Kurdischen Föderation im Irak. Die ersten Schüsse der PKK sind am 15. August 1984 auf die Kasernen der türkischen Armee in Eruh und Semdinli abgefeuert worden. Damals stand Irak unter der eisernen Faust der Saddam-Diktatur bis 2003.
4. Die Operationsgebiete der PKK umfassen innerhalb der Grenzen der Türkei über 200.000 qkm, vom Ararat bis Antakya am Mittelmeer, von Gümüşhane am Schwarzmeer bis Maras am Taurusgebirge, von Sivas bis Hakkari. Außerdem ist die PKK in allen Teilen der kurdischen Siedlungsgebiete – in Türkei, Iran, Irak und Syrien- organisiert.
5. Der Guerilla ist nicht motorisiert und bewegt sich nicht auf Autobahnen und Landstraßen. Um von Hakkari nach Gümüşhane zu gelangen, brauchen die Guerillas monatelange Fußmärsche durchs „Wilde Kurdistan“, wo über 200.000 türkische Soldaten und etwa 60.000 Dorfschützer sowie Zehntausende Polizisten stationiert sind.

6. Die Kampfverbände der PKK bleiben hauptsächlich in ihren Operationsgebieten, d.h. innerhalb der Territorien der Türkei. Es ist dennoch richtig, dass sich einige führende Kader der PKK und Militärbasen in den Qandilbergen zwischen Iran und Irak befinden.
7. Die Türkei, die die zweitgrößte Armee der NATO mit modernstem Kriegsgerät besitzt, konnte seit einem Vierteljahrhundert die PKK nicht einmal in und um Diyarbakir, Dersim und Bingol vertreiben, wie kann sie die PKK in Qandilbergen, in einer für sie unbekanntem Landschaft in Irakisch-Kurdistan besiegen.
8. Diese Gebirgskette war der Hort der kurdischen Peshmergas im Irak und bis 1994 auch der iranischen Kurden. Weder Saddam, noch iranische Pasdaran konnten die kurdischen Kämpfer dort vertreiben, auch nicht mit Chemiewaffen.
9. Für die Türkei ist Irakisch-Kurdistan, das sich seit 1991 de facto unabhängig verwaltet und seit 2003 politisch, militärisch und wirtschaftlich rasant entwickelt, ein Dorn im Auge. Seit vier Jahren sind die Entwicklungen im benachbarten Irakisch-Kurdistan auf der Tagesordnung der Türkei an der obersten Stelle platziert. Die Türkei befürchtet, dass Irakisch-Kurdistan für die Kurden innerhalb der Türkei als Model dienen wird.
10. Für die Türkei sind die zuletzt getöteten Soldaten, nicht die ersten Opfer in diesem Krieg. Sie hat während des 24-jährigen Krieges über 15.000 Armeeingehörige verloren.
11. Die Türkei führte in der Vergangenheit 24 groß angelegte Militäroperationen jenseits der Grenzen, zuletzt 1997 mit über 50.000 Soldaten, ohne handfeste Ergebnisse zu erzielen.
12. Die PKK legte zwischen 1999 und 2004 die Waffen nieder und zog die überwiegende Mehrheit ihrer Kämpfer aus der Türkei zurück. Die Türkei hat in dieser Zeit keine wirklichen Schritte für eine friedliche Lösung des Konflikts getan. Sie bietet auch heute keine Aussöhnung und friedliche Zukunft für die 15-20 Millionen Kurden an.
13. Kein Staat, auch die Supermächte dieser Welt, konnten eine Guerillabewegung, die in der Bevölkerung tief verankert ist, gänzlich besiegen.
14. Fast alle Befreiungs- und Widerstandsbewegungen wurden von der Gegenseite als terroristisch bezeichnet. Für die Türkei, die EU und USA ist die PKK eine Terrororganisation, für viele Kurden aber eine Befreiungsbewegung. In Palästina, in Südafrika, in Ost-Timor und in Irland verhandelte man mit „Terroristen“, die später sogar mit einigen Friedensnobelpreisen ausgezeichnet wurden. Das heißt aber nicht, dass die PKK eine reine Weste trägt und keine Fehler gemacht hat und gegenwärtig macht. Eine Lösungssuche ohne die wichtigste Konfliktpartei öffnet Tür und Tor für chaotische Entwicklungen.
15. Es ist zu befürchten, dass sich ein Einmarsch in Irakisch-Kurdistan, den sich die Armeeführung wünscht, den existierenden Brand in die ganze Türkei flächendeckend ausweitet und einen Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden noch blutiger als in Bosnien entfacht.

Die Chronologie der Ereignisse der letzten Wochen verdeutlicht, dass die Einmarschpläne der Türkei nach Irakisch-Kurdistan vor

der Ermordung der Soldaten im Oktober auf der Tagesordnung standen. Noch im April und Mai erklärte der Generalstabchef Büyükanit, dass sie einen militärischen Einmarsch nach Irakisch-Kurdistan befürworten und die politische Führung bitten, die Ermächtigung zu erteilen. In der gleichen Zeit erklärte die Armeeführung die Grenzprovinzen Sirmak, Siirt und Hakkari bis zum 10. Dezember zu „Sicherheitszonen“, zu einem Gebiet also, in dem die bürgerlichen Rechte und Freiheiten außer Kraft sind. Die Zunahme der Kampfhandlungen seit April, infolge dessen Hunderte Kurden und Türken ihr Leben verloren haben, und die Ermordung von etwa 40 Menschen binnen drei Wochen im Oktober können auch als Wegbereiter auf dieses Ziel hin bewertet werden. Die im August und September heftig geführten Diskussionen über eine neue Verfassung brachen nach einem deutlichen Wort der Armeeführung mit einem Schlag ab.

Memo Sahin

Ereignis-Kalender

24.9.07: Botschaften des Generals

„Den ersten Unterricht beim Beginn des neuen Schuljahres der Kriegsakademie gab der Kommandant der Landstreitkräfte General Ilker Basbug. Die Kennziffer des ersten Unterrichts:

1. An die AKP: Laizismus ist indiskutabel. Die erste Adresse von General Basbug war die Regierungspartei AKP. Die Botschaft an sie lautete: „Funktionelle Definitionen bezüglich die Laizismusprinzip in der Verfassung sollten nicht zum Diskussionsthema gemacht werden“.

2. An die USA: Die zweite Adresse von Basbug war die USA und an sie richtete er drei Botschaften:

A. Die USA und Irak haben gegen die PKK bis heute keine Sanktionen auferlegt.

B. Die USA müssen begreifen und einsehen, dass keine dauerhafte Lösung im Irak ohne eine Unterstützung der Türkei geben wird, die PKK für die Türkei eine Bedrohung darstellt und es ist an der Zeit der Handlung und nicht der Worte ist.

C. Auch wenn man sagen könnte, dass die Türkei allein die Entwicklungen im Irak unter gegebenen Bedingungen nicht lenken könne, kann man jedoch nicht sagen, dass sie die Kraft zur Verhinderung der Entwicklungen und zur Steigerung der Kosten nicht hat.

Was meinte Basbug unter „Verhinderungs- und Kostensteigerungskraft“?

Offenbar wollte er an die lebenswichtige Funktion der Türkei aus Sicht des Irak erinnern. Der Grenzübergang Habur ist die Luftröhre des Nordirak. Strom, Nahrungsmittel, Export, Import, kurz gesagt die Verbindung mit der Welt von der Türkei gewährt. Ebenso ist es nicht schwer zu vermuten, dass die Türkei betreffend die Stabilität und die Sicherheit im Nordirak sehr einflussreich ist. Die Türkei besitzt die unbewaffnete und bewaffnete Kraft zum Erschweren des Lebens im Nordirak.

3. An die DTP: Keine Bildung in kurdischer Sprache. Und die dritte Botschaft galt an die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP). Basbug betonte, dass hinter der separatistischen Terrorbewegung ethnische Nationalismus steckt. Die Forderungen der DTP, die mit der PKK und im politischen Bereich dieselbe Linie verfolgt, seien unannehmbar, weil das Ziel der Forderungen die Beseitigung des nationalen und unitären Staats ist...“

(Fikret Bila in Milliyet, 25.9.07)

29.9.07: Türkei und Irak vereinbaren gemeinsamen Kampf gegen PKK

Nach dem Abkommen zwischen Irak und der Türkei hatte man sich in der Türkei schon freudig die Hände gerieben. Es war bekannt geworden, dass die irakische Regierung in einer „Antiterrorvereinbarung“ der Türkei das Recht einräumen würde, bei der Verfolgung kurdischer Guerilleros Militäroperationen auch auf irakischem Boden durchzuführen. Doch schnell wurde deutlich, dass sich die irakische Regierung dem türkischen und US-amerikanischen Druck, weitgehende Zugeständnisse an Ankara zu machen, gebeugt, und dabei die nordirakischen Kurden übergangen hatte. Diese haben bei einem internationalen Vertrag, der die Autonomiegebiete Irakischn-Kurdistan berührt, mitzureden. Nach scharfen Protesten aus dem Hauptstadt der Kurden Hewler (Erbil) sah sich der irakische Unterhändler in Ankara, Innenminister Jawad Al Bolani, deshalb gezwungen, die ursprünglich geplante Unterzeichnung des Vertrages zu stoppen.

Nach einem Verhandlungsmarathon wurden die Türkei und der Irak am 28. September 2007 doch noch handelseinig. Aber was in der „Antiterrorvereinbarung“ vereinbart wurde, ist für Ankara „eine herbe Enttäuschung“. Denn das eigentliche Kernstück der Übereinkunft, das Recht auf grenzüberschreitende Militäroperationen, fehlt in dem Schriftstück und soll später nachverhandelt werden. Trotzdem freute sich der türkische Innenminister, Besir Atalay, darüber, dass es gelungen sei, in die Vereinbarung Klauseln einzubauen, die den Irak zur Festnahme von Kadern der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) anzuhalten sowie die finanzielle und logistische Unterstützung der PKK zu verbieten.

(Reuters und Bieler Tagblatt, 28.9.07, junge Welt, 29.9.07)

29.9.07: Zwölf kurdische Zivilisten und Dorfschützer ermordet

Die türkischen Presse meldete, ein Kleinbus in Besağac (Hemkan) im Kreis Beytüssebap an der irakischen Grenze (Provinz Hakkari) sei am 29. September von der PKK beschossen und zwölf der 14 Insassen, darunter auch sieben Dorfwächter, getötet worden. Daraufhin erklärte die PKK, dass sie mit dem Vorfalle nicht zu tun habe. Das türkische Parlament entsandte eine Delegation aus den Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses. Der Delegation, die von einem der führenden Köpfe der türkischen Sozialdemokratie und jetzigen AKP Parlamentarier Prof. Dr. Zafer Üskül geleitet wurde, gehörte auch der Menschenrechtler und DTP-Abgeordneter Akin Birdal an. Die Delegation konnte nach den Untersuchungen nicht feststellen, dass die Täter PKKler waren. Später stellte sich heraus, dass der Kleinbus von einem anderen Dorfschützerklan beschossen wurde. Aber in der Öffentlichkeit blieb als Urheber der Name der PKK haften.

(yahoo, 30.9.07, Yeni Özgür Politika, 1., 2. und 3.10.07; ANF, 5. und 12.10.07, ISKU)

1.10.07: Armee warnt die Regierung

Das türkische Militär hat die Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdogan vor zu weitreichenden Reformen gewarnt. "Keine Macht kann den säkularen Aufbau der Türkei ändern, keine Macht ist dazu stark genug", sagte Generalstabschef Yasar Büyükanit am 1. Oktober 2007. Zur von der regierenden

AKP geplanten Verfassungsreform werde sich die Armee allerdings erst äußern, wenn ein endgültiger Entwurf vorliege. "Die türkischen Streitkräfte sind das Ziel systematischer und voreingenommener Angriffe aus dem Inland wie aus dem Ausland", sagte Büyükanit in einer Rede vor Kadetten in der Istanbuler Militärakademie. "Unser teilweises Schweigen hat Grenzen." Die Adressaten seiner Äußerungen benannte der General nicht explizit. Er ließ aber erkennen, dass sie sich an Kurden sowie an Gegner der Trennung von Staat und Religion, sprich AKP, richteten. Laut der Wirtschaftszeitung "Referans" forderten die Generäle die Regierung auf, die Überarbeitung des umstrittenen Strafgesetzbuch-Paragrafen 301 (Beleidigung des Türkentums) zurückzustellen.

(Der Standard, 1.10.07)

7.10.07: 13 Soldaten getötet

Bei Gefechten zwischen der türkischen Armee und der PKK im Grenzgebiet zum Irak sind am 7. Oktober 13 Soldaten der türkischen Armee getötet worden. Die Kämpfe ereigneten sich in der Provinz Sirnak an der irakischen Grenze.

Ministerpräsident Erdogan kündigte für 8. Oktober eine Kabinettsdebatte über Terrorismus sowie die Einberufung des Obersten Rats für den Anti-Terror-Kampf an. „Unsere Trauer ist sehr tief. Unser Kampf gegen den Terror wird bis zum Ende gehen“, erklärte er laut Pressemeldungen.

(Süddeutsche Zeitung, 7.10.07; Cumhuriyet, Milliyet und Salzburger Nachrichten, 8.10.07, Die Welt, 10.10.07)

9.10.07: Türkei droht mit Schlag gegen Kurden in Nordirak

Der Oberste Rat der Türkei für den Kampf gegen den Terrorismus hat nach seiner Sitzung am 9. Oktober 2007 eine grenzüberschreitende Operation der türkischen Armee gegen die Kurden in Nordirak nicht ausgeschlossen. „Unser Kampf gegen den Terrorismus wird eine ganz andere Form annehmen“, verkündete Premier Erdogan. In der verabschiedeten Erklärung wird darauf hingewiesen, dass die zuständigen Behörden angewiesen wurden, unverzüglich die erforderlichen rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zu ergreifen, darunter auch für eine grenzüberschreitende Operation.

Die türkische Presse berichtet unterdessen von breit angelegten Operationen der Armee gegen kurdische Kämpfer im Grenzgebiet. Entlang der Grenze sind türkische Panzertruppen zusammengezogen worden. Durch Artilleriebeschuss soll den kurdischen Kämpfern der Rückzug über die Grenze abgeschnitten werden.

(NZZ Online und RIA Novosti, 9.10.07; Der Standard und Süddeutsche Zeitung, 10.10.07)

10.10.07: Irakische Kurden: Wir werden uns verteidigen

Die Militärführung der Regionalregierung Kurdistan (Irak): "Die Führung des kurdischen Autonomiegebietes hofft, dass die türkische Regierung ihre Drohung, Militäroperationen auf irakischem Territorium durchzuführen, nicht in die Tat umsetzen wird, denn das wäre eine Verletzung der Souveränität", sagte der Sprecher der Sicherheitskräfte der Autonomieregion, Jabbar Yawar, am 10. Oktober 2007. Die irakische Armee und kurdische Kämpfer (Peshmerga) würden sich den Türken entgegenstellen.

"Die jüngsten Angriffe der PKK-Kämpfer auf türkischem Boden dürfen nicht als Vorwand für eine Militärintervention im kurdischen Autonomiegebiet benutzt werden, denn die kurdische Autonomieregierung ist keine Partei in diesem Konflikt", betonte der Sprecher weiter.

Indessen setzte die Türkei die Bombardierung Irakisch-Kurdistan fort. Der Flucht der Dorfbewohner an der türkisch-irakischen Grenze nahm rasant zu.

Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hat die Türkei erneut aufgefordert, von einem Militäreinsatz im Nordirak abzugehen. „Ich habe zur Zurückhaltung gemahnt“, sagte sie über den Inhalt ihrer Telefonate mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül, Ministerpräsident Recep Erdogan und Außenminister Ali Babacan. Sie habe klar gemacht, dass „wir alle an einem stabilen Irak interessiert sind und dass alles, was destabilisiert, unserer beider Interessen schaden wird“.

(Die Presse, 10.10.07; FAZ.net, APA und mesop 13.10.07)

10.10.07: EU ruft Türkei zu Zurückhaltung auf

Die Europäische Union (EU) hat die türkische Regierung im Konflikt um kurdische Kämpfer im Nordirak zur Zurückhaltung aufgerufen.

Die Sorgen der Führung in Ankara seien zwar verständlich, sagte eine Sprecherin der EU-Kommission am 10. Oktober 2007 in Brüssel. Dennoch müsse die Türkei die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Irak respektieren. Ähnlich äußerte sich auch das russische Außenministerium.

(Reuters, 12.10.07)

10.10.07: Amerikanischer Kongress erkennt „Völkermord“ an Armeniern an

Ungeachtet der Warnungen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush und der Drohungen aus der Türkei hat ein Kongress-Ausschuss in Washington eine Resolution zu Armenien verabschiedet. Unter dem Applaus anwesender Armenier stimmten die Mitglieder des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses am 10. Oktober 2007 mit 27 zu 21 Stimmen für die Entschließung.

Darin wird die Verfolgung und Vertreibung von Armeniern im Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg als „Völkermord“ eingestuft. Das amerikanische Außenministerium zeigte sich besorgt über eine mögliche Belastung der Beziehungen zur Türkei. Der türkische Präsident Abdullah Gül bezeichnete die Verabschiedung der Resolution als nicht akzeptabel. Ähnlich äußerte sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Die Vereinigten Staaten würden „eine bedeutsame Schwächung ihrer Partnerschaft mit einem sehr wichtigen Verbündeten in der Region“ erleben, warnte Erdogan.

Zu Ankaras Strategie gehört die Drohung, den US-Nachschub für den Irak zu kappen: „Über solche Dinge spricht man nicht, man tut sie“, sagte Erdogan. Dass die türkische EU-Bewerbung dabei Schaden nehmen könnte, schreckt Ankara nicht: Solche Konsequenzen würden in Kauf genommen, sagte Erdogan.

Sollte das Repräsentantenhaus im kommenden Monat offiziell die Armenieresolution übernehmen, will die Türkei außerdem zu ernsteren Maßnahmen greifen. Dann geht es um die Schließung der Luftwaffenbasis Incirlik, über die ein Großteil des US-Nachschubs für den Irak abgewickelt wird. Zudem sollen die militärischen Beziehungen zu Washington auf ein Mindestmaß

reduziert werden. Washington ist ganz offensichtlich sehr besorgt.

Ein paar Zahlen veranschaulichen die Dimension: Etwa 19 Prozent der Lebensmittel und Wasser für die irakische Zivilbevölkerung kommen durch „Hapur Gate“ aus dem Norden ins Land. 29 Prozent der Kraftstoffe, die irakische Verbraucher konsumieren, kommen aus der Türkei. Etwa ein Viertel des Spritbedarfs der US-Truppen wird über „Hapur“ ins Land gebracht. Dreiviertel des gesamten Cargo-Transits für die US-Einheiten in Irak wird über den Luftwaffenstützpunkt in Incirlik abgewickelt.

Das Pentagon nimmt die Drohung Ankaras, diese Kooperation zu beenden, ernst genug, um Notfallpläne zu entwickeln. „Wir denken die ganze Zeit darüber nach, wie wir auf Unterbrechungen unserer Kommunikationslinien und Versorgungsrouten reagieren“, sagte ein Pentagonmitarbeiter im „Wall Street Journal“. „Wir sind definitiv in einer sehr viel konkreteren Planungsphase.“

(Der Standard und Faz.net, 11.10.07; Tagesspiegel, 13.10.07; Tagblatt.ch, 17.10.07)

15.10.07: Türkei schließt Luftraum für Kurdistan-Flüge

Die Türkei hat ihren Luftraum für Flüge von Europa nach Irakisch-Kurdistan geschlossen. Daraufhin haben die Charterflugfirmen ihre Flugrouten über Zypern und Syrien geändert, wobei sich auch die Preise erhöht haben. Davon betroffen ist auch die Firma Hamburg International, die im Namen von Zagros Kurd Air und Kurdistan Airlines von Frankfurt und München aus Hewler (Erbil) anfliegt.

(Gündem, 16.10.07, ISKU)

17.10.07: Parlament erlaubt Militäreinsatz in Irakisch-Kurdistan

Das türkische Parlament hat am 17. Oktober wie erwartet die Regierung ermächtigt, Militäroperationen im Nordirak anzuordnen. Für ein Jahr lang wird Premier Recep Tayyip Erdogan nun ohne weitere Konsultation des Parlaments dem Militär einen Marschbefehl geben können.

Lediglich die Fraktion der kurdischen DTP stellte sich gegen einen möglichen Militärschlag. Seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen mit der PKK 1984 sei die türkische Armee 24-mal über die Grenze in den Nordirak gegangen, ohne die Guerilla dadurch besiegen zu können, sagte der Abgeordnete Selahattin Demirtas zur Begründung im Parlament. Das einzige Ergebnis des nächsten Einsatzes werde eine Schwächung der Demokratie sein und ein weiterer ökonomischer Niedergang im Südosten. Die oppositionelle CHP und die rechtsradikale MHP erklärten ihre Unterstützung für den Antrag.

Oppositionschef Deniz Baykal meinte, es reiche nicht, nur die PKK zu bekämpfen, man müsse auch deren irakischen "Beschützern" klarmachen, dass sie einen "hohen Preis" zu bezahlen hätten. Noch härter äußerte sich der Chef der nationalistischen MHP, Devlet Bahçeli. Er nannte den Führer der irakischen Kurden, Massoud Barzani, einen "Unterstützer der PKK".

Die Regionalregierung Kurdistan im Irak nannte einen möglichen Einmarsch einen Verstoß gegen internationales Recht und damit "illegal". Dagegen sagte Syriens Präsident Baschar al-Assad bei

einem Besuch in Ankara, die Türkei habe ein "legitimes Recht" zur Intervention. "Im Kampf gegen Terroristen" stehe Syrien an der Seite Ankaras.

(junge Welt, Der Standard, FR und SZ, 18.10.07)

17.10.07: Gespanntes Klima im Grenzgebiet

Die Zustimmung des Parlaments bedeute nicht zwangsläufig den Startschuss für eine Invasion, hatte Erdogan am 16. Oktober erklärt. So versuchte er, die Geister, die er mit seiner harschen Rhetorik selber ins Leben gerufen hatte, zu beschwichtigen. Erdogan will laut dem renommierten Journalisten Mehmet Ali Birand jegliche Militäroperation bis zu seinem Washington-Besuch Anfang November vermeiden. Das Klima im Grenzgebiet ist aber äusserst angespannt. Militärische Vorbereitungen werden getroffen. 160 000 bis 200 000 türkische Soldaten sind entlang der türkisch-irakischen Grenze seit langem stationiert. Neue Panzereinheiten wurden laut der Presse in den letzten Tagen dorthin verlegt und Militärbrücken über den Fluss, der die Grenze markiert, gebaut.

(Neue Zürcher Zeitung, 18.10.07)

17.10.07: Die PKK fordert friedliche Lösung

Die kurdische Guerillaorganisation PKK hat den Beschluss des türkischen Parlaments, dem Militär freie Hand für einen Einmarsch in den Nordirak zu geben, heftig kritisiert. Der Beschluss sei ein weiterer Beleg für die chauvinistische Haltung der Türkei gegenüber den Kurden, sagte Abdurrahman Cadirci, der Verantwortliche für internationale Beziehungen der PKK. Laut Cadirci gibt es keine militärische Lösung des Konflikts und ist die PKK weiterhin zu einer friedlichen Lösung bereit. Die PKK hatte im vergangenen Jahr einen Waffenstillstand angeboten und das Angebot Anfang Oktober noch einmal bekräftigt. Cadirci sagte, es gehe der Türkei nicht in erster Linie um die Ausschaltung der Guerilla, sondern um die Verhinderung der Demokratie im irakischen Kurdistan. Ankara wolle eine Demokratisierung der kurdischen Regionen in der Türkei, im Irak, in Syrien und Iran mit allen Mitteln verhindern. Sollte der Beschluss umgesetzt werden, so Cadirci, werde nicht nur der Frieden im irakischen Kurdistan, sondern auch in der Türkei gefährdet.

Gleichzeitig kündigte Murat Karayilan, der führende Kopf der PKK, gegenüber dem Fernsehsender Al-Dschasira „entschlossenen Widerstand“ an, sollte die türkische Armee in den Nordirak einmarschieren. „Wir sind psychologisch und militärisch auf eine Invasion vorbereitet“, sagte Murat Karayilan in einem Gespräch mit dem katarischen Sender. Karayilan bestritt grenzüberschreitende Operationen seiner Organisation. Diese unterhalte auch in den kurdischen Gebieten in der Türkei zahlreiche Stützpunkte. Die von der türkischen Armee geplante Intervention richte sich daher nicht gegen die PKK, sondern gegen die Einwohner des autonomen irakischen Kurdistans, erklärte auch Karayilan, der in den über 3000 Meter hohen Kandil-Bergen im äussersten Norden des Irak interviewt wurde. Beobachter bezeichnen die Bergfestungen als das „kurdische Tora Bora“, das - wie das afghanische Original - nur schwer einnehmbar sei.

(Neue Zürcher Zeitung und Zürcher Oberländer 18.10.07)

21.10.2007: Irakisches Parlament verurteilt türkischen Interventionsplan

Das irakische Parlament hat den türkischen Plan für eine Militärintervention im Norden Iraks verurteilt. Die Abgeordneten stimmten am 21. Oktober mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Entschließung, in der der Beschluss des türkischen Parlaments zurückgewiesen wird. Die türkischen Drohungen verträgen sich nicht mit "gut nachbarschaftlichen Beziehungen", heisst es in dem Beschluss.

(AFP, 21.10.07)

21.10.07: PKK tötet 12 Soldaten und nimmt 8 weitere gefangen

Die PKK hat in der Nacht zum 21. Oktober einen weiteren schweren Angriff auf die türkische Armee verübt. Laut türkischem Generalstab griffen PKK-Kämpfer in Daglica in der Provinz Hakkari, dem Grenzgebiet zwischen dem Irak und der Türkei, eine Militärpatrouille an. Dabei wurden mindestens 12 wehrdienstleistende Soldaten getötet und 16 verletzt. 8 Soldaten wurden von der PKK gefangen genommen. In der Türkei sorgte die Nachricht für helle Empörung. Die Fernsehanstalten unterbrachen ihre Sendungen, rechte Demagogen riefen das Land regelrecht zum Krieg auf - so lautstark, dass Ministerpräsident Erdogan die Medien aufrief, "die Situation zu deeskalieren anstatt verantwortungslos einzuheizen". Erdogan weiter: "Unsere Wut ist sehr groß - wir werden nunmehr das Nötige machen, ohne auf jemanden zu hören." Einen Tag später verhängte die Regierung Nachrichtensperre über den Vorfall.

Bei Erbil, der Hauptstadt Nordiraks, trafen sich umgehend auch die beiden irakischen Kurdenführer. Dschalal Talabani, offiziell irakischer Präsident, und Massud Barsani, Präsident des autonomen Irakisch-Kurdistans, verurteilten türkische Pläne für einen Einmarsch im Irak. Als Antwort auf das Drängen Ankaras, selbst gegen die PKK vorzugehen, sagte Barsani: "Die Türkei soll den Kurden zuerst einen Friedensplan vorlegen. Erst wenn die PKK diesen Plan ablehnt, erklären wir sie zur Terrororganisation." In Irakisch-Kurdistan sollen 100.000 Kämpfer unter Waffen stehen, die mit 2.000 Panzerfahrzeugen ausgerüstet sind. Auf einer Frage, ob sie die von Ankara geforderten PKKler an die Türkei ausliefern würden, erklärte Talabani, „nicht einmal eine kurdische Katze werden wir an Ankara ausliefern“.

(AFP, Die Presse und derStandard.at, 21.10.07; Der Standard und taz, 22.10.07)

21.10.07: Übergriffe auf Kurden

Nach dem jüngsten Angriff der PKK auf türkische Soldaten haben aufgebrachte Menschenmengen in vielen Städten der Türkei demonstriert. Im westtürkischen Bursa rettete die Polizei in der Nacht zum 22. Oktober mehrere Menschen aus dem Parteihaus der Kurden-Partei DTP, das von tausenden Demonstranten belagert und mit Steinen beworfen wurde. Die Menge griff später auch Geschäfte und Werkstätten kurdischer Zuwanderer aus dem Südosten des Landes an.

Wie in Bursa wurde auch in anderen Städten der Türkei die DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) zur Zielscheibe des Protestes. Im Istanbuler Stadtbezirk Fatih ging das DTP-Bezirksbüro in der Nacht in Flammen auf; in den anderen Bezirken der Metropole wurden die DTP-Büros unter Polizeischutz gestellt.

In Malatya retteten die Sicherheitskräfte drei Männer aus den Händen einer 300-köpfigen Menge, die sie lynchen wollten. In Erzurum setzte die Polizei Reizgas ein, um zehntausend Demonstranten an einem Angriff auf das DTP-Gebäude zu hindern. Auch in Elazığ brauchte die Polizei Reizgas, um Herr der Lage zu werden.

Außer gegen die DTP richteten sich die Proteste vielerorts auch gegen kurdische und türkische Bürger in Cafés, Bars und Restaurants, die nach Ansicht der Demonstranten nicht genug nationale Trauer zeigten. In der Metropole Izmir an der Ägäis musste die Polizei an der Amüsiermeile in der Innenstadt aufmarschieren, als Demonstranten dort die Gäste aus Straßencafés und Lokalen vertrieben.

Wie im südtürkischen Antakya marschierten in manchen türkischen Städten auch Menschenmengen vor die Kasernen und forderten Waffen, um selbst gegen die PKK in die Berge ziehen zu können. "Nehmt uns als Soldaten, wir sterben für das Vaterland", skandierten Demonstranten auch vor einer Kaserne in der Hafenstadt Mersin am Mittelmeer.

Landesweit wurden Konzerte abgesagt und Fernseh-Shows abgesetzt, um nationale Trauer um die gefallenen Soldaten zu bekunden.

In einem Telefonat mit dem kurdischen Fernsehsender Roj TV warnte HPG-Kommandant Atakan Mahir (PKK) davor, daß eine Militäroperation in Südkurdistan die Kriegsfront von Edirne bis Mossul, also von der Westtürkei bis an den Rand des kurdischen Autonomiegebietes im Irak, ausweiten werde. Die HPG (Volksverteidigungskräfte) sei auf eine Operation vorbereitet und werde gegebenenfalls die nötige Antwort geben.

Da das eigentliche Ziel eines türkischen Einmarsches nicht die PKK, sondern die Erdölfelder von Kirkuk seien, drohte Murat Karayilan, ein hoher PKK-Funktionär, auch mit Anschlägen auf Ölpipelines. Durch die kurdischen Gebiete verlaufen Leitungen aus Aserbaidschan und Irak. Bereits nach der türkischen Einmarschdrohung war der Ölpreis auf ein Rekordhoch gestiegen.

(Der Standard und junge Welt, 22.10.07)

22.10.07: PKK veröffentlicht Namen von türkischen Gefangenen

Die Agentur Firat veröffentlichte am 22. Oktober die Namen der gefangenen türkischen Soldaten. Die obersten Generäle und der türkische Verteidigungsminister Vecdi Gönül hatten am Vortag bestritten, dass sich türkische Soldaten in der Gewalt der PKK-Guerillas befänden.

Die PKK erklärte weiterhin, sie sei unter Bedingungen zu einer Feuerpause bereit. Die Türkei müsse im Gegenzug ihre Angriffe einstellen, ihre Einmarschpläne in den Irak aufgeben und Frieden zusagen. "Wir sind zum Dialog bereit und werden an einem politischen Prozess teilnehmen, wenn die Türkei uns die Möglichkeit gibt", erklärte die PKK.

(Der Standard, 22.10.07; Berliner Zeitung, 23.10.07)

22.10.07: Die türkische Intervention hat praktisch schon begonnen

An der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak steigen Kampfflugzeuge und Hubschrauber auf, um die Kämpfer der PKK zu jagen. Die Armee hat den Zutritt zu einigen Gegenden in Grenznähe gesperrt und beschießt Ortschaften auf irakischem

Territorium mit Artillerie. Vieles deutet auf einen baldigen Beginn der türkischen Militärintervention im Nordirak.

Die Zeitung „Hürriyet“ zitierte einen ungenannten General mit den Worten, im Grunde habe die grenzüberschreitende Militäraktion bereits begonnen: Für die Armee gelte die Gegend in Südostanatolien ab sofort als Kriegsgebiet, in dem auf politische Grenzen keine Rücksicht mehr genommen werde.

Eine türkische Intervention würde die PKK-Kämpfer in den Augen vieler Kurden in der Türkei und im Irak zu Helden machen. Zudem ist schon jetzt sicher, dass eine Invasion weder das Kurdenproblem lösen kann noch die PKK selbst existenziell bedrohen wird. Für die Türkei dagegen würde ein Angriff auf den Irak erhebliche außenpolitische Probleme – möglicherweise sogar einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen – nach sich ziehen.

Premier Recep Tayyip Erdogan macht keinen Hehl daraus, dass er nur zu gern auf die Intervention verzichten würde. Auf Bitten von US-Außenministerin Condoleezza Rice will Erdogan „ein paar Tage“ mit einem Angriffsbefehl warten. Anfang November fliegt Erdogan zu einem Treffen mit George Bush nach Washington. Der türkische Regierungschef ist in einer schwierigen Situation: Befiehlt er einen Angriff auf den Irak, beschert er der Türkei schwere Folgeschäden. Verzichtet er aber auf eine Militärintervention, die PKK-Gewalt aber weitergeht, so setzt er sich innenpolitisch dem Vorwurf aus, vor den Kurdenrebellern zu kapitulieren.

(Thomas Seibert: Der Tagesspiegel, 23.10.07)

23.10.07: Letzte diplomatische Offensive

Nach einer Rundreise am Golf reiste der türkische Außenminister Ali Babacan am 23. Oktober zu Gesprächen nach Bagdad. Dort versicherte ihm sein kurdisch-stämmiger irakischer Kollege Hoschiar Zebari: "Von unserem Staatsgebiet aus soll es keine bewaffneten Angriffe geben, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vergiften, das gilt auch für die PKK". Iraks Ministerpräsident Nuri al-Maliki ordnete nach dem Treffen mit Babacan an, dass alle PKK-Büros im Land geschlossen werden. Die PKK sei eine Terrororganisation, deren Aktivitäten auf irakischem Boden beendet werden müssten.

(Berliner Zeitung, 24.10.07)

24.10.07: EU verlangt friedliche Lösung

Die EU-Kommission hat die Türkei zu einer friedlichen Lösung des Konflikts aufgerufen. Ankara müsse das Problem in Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung und unter Einhaltung der Normen des Völkerrechts regeln, forderte Erweiterungskommissar Olli Rehn am 24. Oktober vor dem Europaparlament in Straßburg. Die Türkei und die EU seien schließlich beide für die "Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit des Irak", fügte er hinzu. Der EU-Kommissar zeigte zugleich Verständnis für das Votum des türkischen Parlaments, das dem Militär eine einjährige Vollmacht für Einsätze im Nordirak erteilt hat. Dieser Beschluss sei Teil einer "breiteren politischen Strategie", sagte Rehn. Auch sei der Kampf der Türkei gegen die die PKK-Kämpfer aus Sicht der EU "verständlich", so Rehn. Er erinnerte daran, dass die in der Türkei verbotene PKK auch auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen steht.

Ungeachtet dessen hat die türkische Armee laut Zeitungsberichten erstmals Kampfjets in den Nordirak geschickt,

um dortige Stützpunkte der kurdischen PKK-Guerilla anzugreifen. Türkische Kampfflugzeuge vom Typ F-16 hätten Ziele rund 40 bis 50 Kilometer tief auf irakischem Territorium bombardiert, berichteten mehrere türkische Zeitungen übereinstimmend. Nach einem Bericht der regierungsnahen Zeitung "Yeni Safak" wurden auch Bodentruppen und Kampfhubschrauber über die Grenze geschickt.

Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) wurden neben den praktizierten Maßnahmen weitgehende Wirtschaftssanktionen beschlossen und in die Wege geleitet.

(Der Standard, 24.10.07)

24.10.07: 15 Millionen türkische Fahnen in drei Tagen verkauft

In der Türkei sind innerhalb der letzten drei Tage 15 Millionen türkische Fahnen verkauft worden. Wie der Fahnenproduzent Günay erklärte, habe man Schwierigkeiten, den Bedarf zu decken. Insbesondere Gouverneursämter und Kommunalverwaltungen gäben große Bestellungen auf. Für die nächsten drei Tage erwarte er den Verkauf von einer weiteren Million Fahnen.

(ANF, 24.10.07, ISKU)

24.10.07: In Brüssel randalieren die aufgebrauchten Türken

Am Rande einer Kundgebung gegen die Arbeiterpartei Kurdistans ist es in Brüssel zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jungen Türken und der Polizei gekommen. Es gab mehr als 100 Festnahmen.

Etwa zehn Beamte wurden bei den Zusammenstößen nahe der Innenstadt und dem Europaviertel verletzt, teilte die Polizei der belgischen Hauptstadt mit. Schätzungsweise 600 bis 800 Jugendliche und junge Männer zogen bei der nicht angemeldeten Kundgebung mit türkischen Flaggen durch die Stadtteile Schaerbeek und Saint-Josse und skandierten Parolen gegen die PKK. Insgesamt wurden mehr als 100 Menschen festgenommen. Die Atmosphäre in beiden Stadtteilen, in denen neben vielen Türken auch Kurden und Armenier leben, ist seit Tagen gespannt. Erst in der Nacht zum 22. Oktober hatte eine Gruppe junger Türken ein von einem Armenier geführtes Lokal verwüstet und den Wirt mit dem Tode bedroht.

(Der Tagesspiegel, 25.10.07)

25.10.07: Bekenner schreiben der Yezidi Mörder

In einem im Internet veröffentlichten Schreiben besteht die türkische Terrorgruppe TIBT (Türk İntikam Birliği Teskilati / Organisation der Türkischen Rache Einheit) weiterhin darauf, Urheber des tödlichen Anschlag vom 14.08.2007 auf Kurden der Religionsgemeinschaft der Yeziden in Sengal in Irakisch-Kurdistan zu sein, bei dem rund 500 Zivilisten ums Leben kamen.

In dem Drohschreiben brüstet sich der Verfasser stolz, dass es den 4 Selbstmordkommandos der TIBT mit diesem Terroranschlag gegen kurdische Zivilisten gelungen sei, das für dieses Jahr geplante Referendum über den Status von Kerkuk zu verhindern. Das Schreiben beinhaltet des Weiteren in mehreren Punkten Drohungen mit gewalttätiger Aktionen gegen

die Kurdische Regionalregierung (KRG) unter der Präsidentschaft von Mesud Barzani.

Falls das Referendum über den Status von Kerkuk doch durchgeführt werden sollte, würde mit erneuten massiven "bewaffneten Antworten" der Terrortruppe zu rechnen sein.

Bei einem militärischen Widerstand der Kurdischen Regionalregierung (KRG) gegen die türkischen Invasionstruppen droht die Terrorgruppe TIBT: "Wenn auch nur ein Schuß gegen türkische Soldaten abgefeuert" würde, würde man mit eigenen, in der Türkei produzierten Chemiewaffen (mit der Bezeichnung S-HARDAL-68) sofort die von Präsidenten Mesud Barzani befehligten kurdischen Peshmerga und ihre Stützpunkte angreifen.

Die Terrorgruppe TIBT unterstrich ihre Drohungen insbesondere mit der in dem Drohschreiben aufgeführten Mitteilung, dass rund 120 weitere Selbstmordkommandos in den Camps der TIBT ausgebildet und seit dem 20. Oktober dieses Jahres nach Südkurdistan verlegt wurden und somit insgesamt rund 164 Selbstmordkommandos der TIBT über die ganze Region verteilt als Schläferzellen nur auf einen Befehl der TIBT warteten um die Chemiewaffen in Angriffen einzusetzen. Rund 3.750 "Türkistische Stadt-Krieger" würden nach einer türkischen Invasion nachrücken.

In ihrem Drohschreiben läßt die Terrorgruppe TIBT verlautbaren, dass ihr Ziel die Vertreibung aller Kurden aus den von den von der KRG kontrollierten Gebieten ist. Sie beabsichtige auf diesen Gebieten ein "Turkmenenstaat" zu errichten, der dann auch dem "Heiligen Türkischen Staat" einverleibt werden sollte.

Als Verfasser dieses Schreibens wird der der TIBT- Vorsitzende Savasan Atsiz, als Ort "Zentralanatolien" in der Türkei und als Datum der 24.10.2007 angegeben.

Links zu den besagten Webseiten mit dem Bekenner schreiben „ataturkcudirenishareketi.tr.cx.tib.tr.cx/“ oder direkt mit : „direnisedevam.sitemynet.com“.

(KM-News, Berlin / 25.10.07, www.kurdmania.com)

26.10.07: Gefangene Soldaten richten Aufruf an den Staat

Die im Gebiet Oremar von der HPG in Gefangenschaft genommenen Soldaten der türkischen Armee erklärten in von Roj TV ausgestrahlten Filmaufnahmen, es gehe ihnen gut und ihre Angehörigen sollten sich keine Sorgen um sie machen. An den Staat richteten sie den Aufruf, man solle sich an einen Tisch setzen und über eine Lösung reden, weil Waffen keine Lösung darstellten.

So bestätigte der aus Adana stammende Halis Tan: „Wir werden hier gut behandelt, wir sind in Ordnung. Macht euch keine Sorgen um uns. Ich wende mich an die Bürokraten des Staates: Dieses Problem lässt sich mit Waffen, mit Krieg nicht regeln. Man muss sich hinsetzen und menschliche Entscheidungen treffen. Ich möchte in der Türkei mit allen geschwisterlich leben. Ich will nicht, dass anderen zugefügt wird, was wir nicht wollen, das es uns zugefügt wird. Uns geht es gut. Sie sind gastfreundlich, hilfsbereit. Alles andere bleibt dem Staat überlassen.“

Ramazan Yüce aus Mardin gab an: „Sie verhalten sich wie Geschwister. Nicht so, wie es uns erzählt worden ist. Wir haben die Realität gesehen. Mit Gottes Hilfe werden wir zurückkommen.“

(ANF, 26.10.07, ISKU)

26.10.06: Barzani: Keine Peschmerga gegen PKK

Gegenüber CNN International hat Mesud Barzani als Präsident der Region Kurdistan erklärt, dass sich die PKK in Gebieten aufhalte, die nicht unter der Kontrolle der südkurdischen Regierung stünden. „In Städten wie Dohuk, Süleymanya oder Hewler und sogar in den Dörfern ist sie nicht vertreten. Ihre Hauptquartiere befinden sich nicht an Orten, an denen wir sind.“ Den USA sei offen bedeutet worden, dass keine Peschmerga in schwieriges Gebiet entsendet würden, um die PKK aus der Region zu entfernen. Bei den betreffenden Gebieten handle es sich um schwer zu kontrollierende Bereiche.

„Wenn die Türkei für eine Lösung der Probleme einen friedlichen Weg vorschlägt und die PKK dies ablehnt, dann werde ich die PKK als terroristische Organisation bezeichnen. Aber nicht jetzt.“

In den vergangenen zwanzig Jahren habe man sehen können, dass mit militärischen Mitteln kein Ergebnis zu erreichen sei. „Wir befürworten eine militärische Lösung nicht. Wir wollen uns auch nicht zwischen der PKK und der Türkei entscheiden. Wenn die PKK oder die Türkei einen Vorschlag für eine friedliche Lösung machen, werden wir alles tun, um eine solche zu erleichtern und Unterstützung leisten.“

(ANF, 26.10.07, ISKU)

26.10.07: Irakisch-türkische Krisengespräche gescheitert

Die irakisch-türkische Krisengespräche in Ankara über eine türkische Großoffensive im Nordirak sind gescheitert. Die türkische Armee setzte daraufhin ihre Einsätze in der Grenzregion fort. Der Türkei gingen die Vorschläge des Irak zur Bekämpfung der PKK nicht weit genug. Weitere Unterredungen sind nicht geplant.

Der irakische Verteidigungsminister General Abdel Kader Dschassim und der Minister für Nationale Sicherheit, Schirwan al-Waeli, waren zusammen mit Vertretern des amerikanischen Militärs und der kurdisch-irakischen Regionalregierung zu den Gesprächen nach Ankara gekommen. Nach dem der Generalstab die kurdischen Delegationsteilnehmer bei den Gesprächen ausklammern wollte, gingen die Gespräche zu Ende. (Mesop, 28.10.07)

26.10.07: US-General: Nichts gegen die PKK vorgesehen

Wie General Benjamin Mixon als US-Gebietskommandant für den Nordirak erklärt hat, hat die US-Armee „mit Sicherheit nichts“ gegen die PKK vorgesehen. Gegenüber Journalisten gab er an, die Provinzen „im Norden des Irak“ stünden unter der Kontrolle der kurdischen Regionalregierung und man habe keinen Befehl erhalten, eine Operation an der Grenze zur Türkei durchzuführen. Verantwortlich für die Sicherung der territorialen Integrität seien die Peschmerga.

(ANF, 26.10.07, ISKU)

27.10.07: Gefangenenübergabe durch türkische Angriffe erschwert

Wie Murat Karayilan (KCK) erklärt hat, sei die Übergabe der von den HPG am 21. Oktober gefangen genommenen acht Soldaten der türkischen Armee zurzeit dadurch erschwert, dass die

türkische Armee das Gebiet, in dem sie sich befinden, angreife. Darüber hinaus habe der türkische Staat eine Freilassung seiner Soldaten nicht gefordert. Es gebe Aufrufe aus verschiedenen Kreisen, die Gefangenen freizulassen. „Ich denke, es wird bald zu einer Lösung kommen. Dafür müssen nur passende Wege und Methoden geschaffen werden. Von einer einfachen Freilassung kann nicht die Rede sein, weil sie sich im Kriegsgebiet befinden. Wenn dafür gesorgt wird, dass die Angriffe aufhören, sind die Bedingungen für eine Übergabe besser.“

(Gündem, 28.10.07, ISKU)

28.10.07: Angriffe auf Kurden in Europa

In der Türkei wird der Chauvinismus über den Generalstab, die AKP-Regierung und Parteien wie die CHP und MHP angeheizt. Jetzt haben auch in Europa Angriffe auf Kurden begonnen. Wie es heißt, werden diese Aktionen in einigen Städten über die türkischen Konsulate koordiniert. In türkischen Moscheen wird zur Teilnahme daran aufgerufen.

In Berlin ist es nach zwei Tage andauernden Anspannungen zwischen Kurden und Türken am 28. Oktober zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen, als eine Gruppe Türken in Kreuzberg eine kurdische Moschee angriff. Es kam zu mehreren Verletzten und Festnahmen. Die Polizei setzte Tränengas ein. Die kurdischen Institutionen in Berlin wurden unter Polizeischutz gestellt.

Die Welt vom 28.10.07 meldet zu den Vorfällen in Berlin: „Etwa 500 Kurden haben am 27. Oktober in Berlin gegen eine mögliche türkische Militärintervention im Nordirak demonstriert. Ebenso viele Polizisten waren im Einsatz. Die Teilnehmer schwenkten kurdische Fahnen und skandierten "Türkische Armee raus aus Kurdistan".

Ein Aufzug türkischer Nationalisten hat am 28. Oktober für einen Großeinsatz der Berliner Polizei gesorgt. Nach einer angemeldeten Kundgebung zur „Einigkeit und Brüderlichkeit zwischen Türken und Kurden“ machten Türken in Neukölln und Kreuzberg Jagd auf Kurden. Die Kurden retteten sich in Cafés und Hauseingänge, um dem gewalttätigen Mob – der laut Augenzeugen sogar mit Macheten unterwegs gewesen sein soll – zu entkommen. Die Polizei setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein.“

In Köln versammelten sich türkische Faschisten auf dem Domplatz und riefen „Tod der PKK“ und „Nieder mit den Kurden“. Organisiert war die Aktion von der Yunus-Emre-Moschee und anderen türkischen Organisationen. Später marschierten sie zum kurdischen Verein „Mala Kurd“, wo es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Wie Vorstandsmitglieder des kurdischen Vereins gegenüber ANF mitteilten, habe man die Polizei bereits im Vorfeld vor möglichen Angriffen gewarnt, diese habe allerdings keine Maßnahmen getroffen.

In Hannover wurde ebenfalls der kurdische Verein von Türken angegriffen. Eine fünfköpfige Gruppe warf am 28. Oktober Steine auf das Vereinsgebäude. Vier der Täter konnten flüchten, einer wurde von Personen aus dem Verein erwischt und der Polizei übergeben.

In Heilbronn fand eine kurdische Demonstration gegen die geplante Militäroperation der türkischen Armee in Irakisch-Kurdistan statt. Dabei kam es zu Provokationen türkischer Faschisten und daraufhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter auch drei Polizisten. Es gab mehrere Festnahmen.

In Dortmund marschierte ein Demonstrationzug von ca. 2000 Personen zum kurdischen Verein und provozierte. Auch in Duisburg und im österreichischen Vorarlberg kam es zu ähnlichen Spannungen.

In Arnheim wurde zum zweiten Mal ein Brandanschlag auf den kurdischen Verein ausgeübt. Es kam zu geringem Sachschaden. In einem Kaffeehaus kam es nach Beleidigungen türkischer Faschisten gegenüber Kurden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die 50 Personen verwickelt waren.

(Die Welt vom 28.10.07; ANF, 29.10.07, ISKU)

28.10.07: Barzani „Die Türkei will unbedingt Krieg“

Die Aussichten für eine diplomatische Lösung des Konflikts zwischen dem Irak und der Türkei um die PKK-Guerilla sind weiter gesunken. Der Regionalpräsident von Kurdistan, Masud Barzani, hat sich am 28. Oktober erneut für eine friedliche Beilegung der Krise ausgesprochen. Allerdings warf Barzani der Türkei vor, sich einem diplomatischen Ausweg zu verschliessen und die Eskalation zu forcieren. „Sie wollen den Konflikt mit der PKK unbedingt mit einem Krieg lösen“, sagte Barzani. Dabei gebe Ankara den Kurden im Irak auch keine Möglichkeit, einen anderen Weg aus dem seit 23 Jahren andauernden Konflikt zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla zu finden.

Die PKK bloss ein Vorwand

Der Türkei sei es bisher nicht gelungen, die PKK militärisch zu besiegen, sagte Barzani. Der Konflikt könne nur auf friedlichem Weg gelöst werden. Genau das blockiere Ankara. Daran sei auch das jüngste Krisengespräch zwischen irakischen und türkischen Regierungsvertretern gescheitert. So habe die türkische Seite den irakischen Vorschlag abgelehnt, die Grenzpatrouillen zu verstärken. Die türkische Armee habe in der Vergangenheit sogar Peschmerga-Einheiten angegriffen, die von den irakischen Kurden zum Schutz der Grenze abgestellt worden seien. Die Regierung in Ankara habe von vorneherein die Absicht verfolgt, den Krisengipfel scheitern zu lassen. Für die jüngste Eskalation zwischen der Türkei und der PKK ist aus Sicht von Barzani das türkische Militär verantwortlich. „Auf unser Drängen hin wurde vor einem Jahr ein Waffenstillstand erklärt“, sagte Barzani. „Wer hat den Waffenstillstand gebrochen? Wenn es die PKK gewesen wäre, hätten wir keine andere Position als die Türkei. Aber unsere Untersuchungen haben ergeben, dass es die türkische Seite war.“

Der eigentliche Grund für die kompromisslose Haltung der Türkei ist laut Barzani, dass ein allfälliger türkischer Einmarsch im Grunde genommen gar nicht auf die PKK, sondern auf seine Regionalregierung zielt. „Die PKK stellt nur einen Vorwand dar“, sagte Barzani. Einerseits wollten die türkischen Generäle die gemässigt islamische Regierung von Erdogan unter Druck setzen. Andererseits sei ihnen die starke Autonomie der irakischen Kurden ein Dorn im Auge. „Es geht ihnen vor allem um die Region Kurdistan“, meinte Barzani. Mit Bitterkeit vermerkte er, dass das Nachbarland nicht bereit sei, die Regionalregierung anzuerkennen, obwohl die starke Autonomie der Kurden ein durch die heutige irakische Verfassung verbrieftes Recht ist.

Verstärkung des Grenzschutzes

„Wir wollen in Frieden mit der Türkei leben“, sagte Barzani. Sollte das Militär den kurdischen Teilstaat angreifen, würden die Peschmerga das Land verteidigen. Die Regionalregierung hat ihre Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt. „Wenn sie einmarschieren, dann bedeutet das Krieg. Wenn sie unser Volk, unsere Interessen, unser Land angreifen, verteidigen wir uns

selbstverständlich. Da gibt es keine Grenzen“, erklärte Barzani. Bewohner der Grenzregion berichteten am 28. Oktober, dass mehrere 1000 kurdische Soldaten mit schwerer Artillerie in das Grenzgebiet verlegt wurden. Barzani betonte jedoch, dass die Massnahmen rein defensiven Charakter hätten. „Wir ergreifen in dem Konflikt nicht Partei. Unsere Einheiten haben ganz klare Anweisungen.“

Von der PKK forderte Barzani, dass sie sich ihrerseits an den Waffenstillstand halte und auf Angriffe verzichte. Zudem verlangte er von der Guerilla, gefangene Soldaten unverzüglich freizulassen. Dass sich die irakischen Kurden für den Krieg gegen die PKK einspannen lassen, schloss Barzani aus. „Mein Auftrag ist es, einen bewaffneten Konflikt innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung zu verhindern“, meinte er. Damit drückte er die Haltung von vielen irakischen Kurden aus – für sie ist die PKK keine Terrororganisation, sondern Teil des Kampfes der Kurden in der Region um kulturelle und politische Rechte.

(Neue Zürcher Zeitung NZZ iro. Salaheddin und mesop, 29.10.07)

28.10.07: Irak droht der Türkei mit Ölembargo

Iraks Parlamentspräsident hat angesichts angedrohter Wirtschaftssanktionen der Türkei seinerseits angekündigt, nötigenfalls die Öllieferungen zu stoppen.

Der irakische Parlamentspräsident Mahmoud al- Mashhadani hat der Türkei mit einem Stopp der Öllieferungen aus dem Nordirak gedroht, falls Ankara wie angedroht Wirtschaftssanktionen gegen sein Land verhängen sollte. Die türkische Führung hatte am 24. Oktober auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) beschlossen, auch wirtschaftlichem Druck einzusetzen, um ein härteres Vorgehen der Regierung in Bagdad gegen die Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) zu erreichen.

„Der Nordirak lässt sich nicht unter Druck setzen“, sagte al Mashhadani in der syrischen Hauptstadt Damaskus, wo er auch mit dem syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad zusammentraf. „Der Irak ist ein reiches Land, und wenn es wirtschaftlichen Druck gibt, dann werden wir die Ceyhan-Pipeline schliessen.“ Er bezog sich damit auf zwei Pipelines, die vom Nordirak zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan laufen.

(raa/ap, 29.10.07)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,

www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,

www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de